



Medienkonferenz Rechnungsabschluss 2010 und Ausblick vom Freitag, 11. März 2011

## REFERAT VON GEMEINDERÄTIN BARBARA HAYOZ

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienschaffende  
Sehr geehrter Herr Jocham

### Folie 2

Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Präsentation der Rechnung. Für Charly Pfister ist es die letzte Rechnungsmedienkonferenz. Ich habe ihm stets das Ziel gesetzt, vor seiner Pensionierung den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag ganz abzubauen. Ziel übertroffen, kann ich gleich zu Beginn konstatieren. Der Schuldenberg ist passé und Charly verabschiedet sich sogar mit Eigenkapital!

Wie Sie bereits feststellen konnten, werde ich heute – neben den bekannten Gesichtern Walter Langenegger, Charly Pfister und Moritz Jäggi – zum ersten Mal durch den neuen städtischen Finanzverwalter, Daniel Schaffner, begleitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ganz kurz etwas zu den bisherigen beruflichen Stationen von Herrn Schaffner zu sagen.

Herr Schaffner bildete sich nach der kaufmännischen Lehre zum Betriebsökonom HWV und zum diplomierten Wirtschaftsprüfer weiter. Im Laufe seiner beruflichen Karriere arbeitete er als Wirtschaftsprüfer, in Leitungsfunktionen bei der Ascom (unter anderem als Leiter Konzernrevision und Konzerncontrolling) sowie als CFO bei der ZLB Bioplasma AG – der heutigen CSL Behring AG. Seit 2003 war er Standortleiter Bern und Stellvertreter des Spartenleiters Treuhand Schweiz bei der Firma KPMG. Sie sehen, dass Daniel Schaffner hervorragende berufliche Qualifikationen mitbringt. Ich bin erfreut, dass Herr Schaffner durch seine Tätigkeiten in der Privatwirtschaft über ein breites Netzwerk zu den Berner Unternehmen verfügt und dass es ihm leicht fällt, Bestehendes kritisch und konstruktiv zu beurteilen. Ich bin überzeugt, dass nach Charly

Pfister auch Daniel Schaffner für Sie als Medienschaffende eine kompetente Ansprechperson sein wird.

Der erste Auftritt von Daniel Schaffner anlässlich einer Rechnungsmedienkonferenz ist zugleich der letzte öffentliche Auftritt von Charly Pfister als Finanzverwalter. Ich möchte Charly Pfister heute nochmals für die geleistete Arbeit während mehr als 25 Jahren im Dienste der Stadt danken. Charly Pfister hat die Finanzen der Stadt massgebend mitgeprägt. Die operative Leitung der Finanzverwaltung liegt bereits seit dem Jahreswechsel bei Daniel Schaffner. Bis zur Demission am 31. Mai 2011 wird Charly Pfister sein Lebensarbeitszeitguthaben aufbrauchen.

### Folie 3

Wir befinden uns heute in den Räumlichkeiten der CSL Behring AG. Nicht, weil Herr Schaffner diesen Kontakt zu einem seiner ehemaligen Arbeitgebenden hergestellt hat, sondern weil ich mit der Wahl der Örtlichkeit für die Medienkonferenz zur Rechnung erneut zeigen möchte, dass die Stadt Bern neben einer starken Verwaltung auch über eine vielseitige Wirtschaft verfügt. Nach einem Informatikunternehmen (ebay), einem Maschinenbaubetrieb (WIFAG) und einem öffentlichen Gebäude (KUBUS Titan) möchte ich einem Pharmaunternehmen die Gelegenheit bieten, sich zu präsentieren.

Die CSL Behring AG hat wiederholt ein starkes Bekenntnis zum Standort Bern abgegeben. Sie zählt heute in Bern über 1000 qualifizierte Mitarbeitende und hat kürzlich bekanntgegeben, weitere 65 Millionen Franken in ein neues Logistik- und Servicezentrum investieren zu wollen. Die CSL Behring AG stärkt zusammen mit zahlreichen weiteren dynamischen, grossen und kleinen Unternehmen den Wirtschaftsstandort Bern. Ich rufe auch dieses Jahr in Erinnerung, dass die juristischen Personen brutto fast einen Viertel des städtischen Steuerertrages generieren. Bern braucht neue Wohnungen, Bern braucht aber auch qualifizierte und hochproduktive Arbeitsplätze!

Gerne übergebe ich das Wort nun an Herrn Uwe Jocham, Direktionspräsident der CSL Behring AG, Bern. Er wird Ihnen mehr sagen zum erfolgreichen Wachstum, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, den Investitionen am Standort Bern und die Position und Verantwortung der CSL Behring AG als grösstes Industrieunternehmen in der Stadt Bern.

## RECHNUNGSABSCHLUSS 2010

### Folie 4

Ich kann Ihnen ein höchst erfreuliches Ergebnis präsentieren. Einem **Aufwand von 989,6 Millionen Franken** steht im Jahr 2010 ein **Ertrag von 1,032 Milliarden Franken** gegenüber. Mit dem daraus resultierenden **Überschuss von 42,8 Millionen Franken** kann der altrechtliche Bilanzfehlbetrag um zusätzliche nicht budgetierte 25,3 Millionen Franken vollständig abgebaut werden. Damit nicht genug: Per Ende 2010 kann die Stadt Bern ein **Eigenkapital von rund 17,6 Millionen Franken** ausweisen. Lange ist es her, dass dies der Fall war!

### Folie 5

Die bekannte Folie zur Entwicklung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags zeige ich heute mit grosser Freude und zum letzten Mal. Mit einer totalen Abschreibung von 50,3 Millionen Franken, davon war eine Abschreibung von 25 Millionen Franken budgetiert, kann der Bilanzfehlbetrag ganz getilgt werden. Das grösste finanzpolitische Ziel der laufenden Legislatur ist damit erreicht, der gewaltige altrechtliche Schuldenberg mit einem Höchststand von 371 Millionen Franken im Jahr 1999 endlich Vergangenheit. Wie erfolgreich die konsequente Politik des Gemeinderats in den vergangenen Jahren war, zeigt sich daran, dass die Stadt den Abbau des Bilanzfehlbetrages sieben Jahre vor Ablauf der durch den Regierungsrat gesetzten Frist erreicht hat.

### Folie 6

#### **Steuererträge**

Wie kommt das hervorragende Ergebnis zustande? Wenden wir uns zuerst den Steuererträgen zu, die nahezu 46 Prozent der städtischen Einnahmen generieren.

Der **gesamte ordentliche Steuerertrag** ist mit 448,3 Millionen Franken überraschenderweise um 20,2 Millionen Franken oder 4,7 % höher als veranschlagt und um 43,0 Mio. Franken oder 10,6 % höher als im Vorjahr. Sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen ist gegenüber dem Vorjahr ein erfreuliches Steuerertragswachstum zu verzeichnen.

**Bei den natürlichen Personen** sind die Erträge bei den Einkommenssteuern um 16,6 Millionen Franken oder 6,7 % höher als budgetiert ausgefallen. Die Vermögenssteuern sind um 0,4 Millionen Franken tiefer als budgetiert, die Quellensteuern dagegen um 0,4

Millionen Franken höher. Im Vorjahresvergleich sind bei den natürlichen Personen insgesamt Mehreinnahmen von 13,8 Millionen Franken oder 4,7 % zu verzeichnen.

#### Folie 7

Wie Sie sehen können, zeigt der städtische Steuerertrag bei natürlichen Personen über die letzten fast zehn Jahre einen **positiven linearen Trend**. Die Stadt als Wohnraum ist wieder gefragt und die Bemühungen des Gemeinderats zur Forcierung von neuen Wohnbauten sind erfolgreich. Per Saldo ergibt sich im Jahr 2010 bei den natürlichen Personen eine Steuerzuteilung von 16,1 Millionen Franken.

#### Folie 8

Allein im Vergleich zum Vorjahr ist die Berner Bevölkerung wiederum um rund 1500 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Die Zahl der Steuerpflichtigen hat im gleichen Zeitraum um bemerkenswerte 1038 (1,1 Prozent) auf 95 119 Steuerpflichtige zugenommen. Erfreulicherweise sind vermehrt auch einkommensstärkere Personen wieder vom Wohnort Bern überzeugt. Das Wachstum des Steuerertrages bei den natürlichen Personen wird jedoch durch die kantonale Steuergesetzrevision 2011 und 2012 gedämpft werden.

#### Folie 9

Bei den **juristischen Personen** sind die Steuererträge von 105,2 Millionen Franken hingegen um 4,1 Millionen Franken tiefer als veranschlagt. Der Mehrertrag aus Gewinn- und Kapitalsteuern von 28,9 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr ist vorwiegend auf drei grosse Einzelfälle zurückzuführen. Aus Nachfakturierungen für Vorjahre resultierten Mehreinnahmen von 4,3 Millionen Franken. Die Zahl der juristischen Personen ist um 165 angestiegen. Anhand des gleitenden Durchschnitts ist die starke Abhängigkeit der Steuererträge juristischer Personen von wirtschaftlichen Zyklen ersichtlich.

Bei den **Steuerteilungen** resultierte bei den juristischen Personen per Saldo eine Steuerwegteilung von 29,9 Millionen Franken. Budgetiert war eine Steuerwegteilung von 32,8 Millionen Franken, was einer Abweichung von 2,9 Millionen Franken entspricht.

Der Ertrag aus der **Grundstückgewinnsteuer** ist um 1,8 Mio. Franken (30,0 %), aus der **Liegenschaftssteuer** um 3,5 Mio. Franken (10,0 %) höher als erwartet ausgefal-

len. Die Abschreibungen auf uneinbringliche Steuern sind mit 6,1 Mio. Franken um 0,9 Mio. Franken tiefer als veranschlagt.

#### Folie 10

##### **Steuerertrag: Abweichungen zwischen Budget und Rechnung**

Weichen Rechnungsabschlüsse vom Budget positiv ab, ist der Vorwurf meist rasch zur Hand, dass politisches Kalkül dahinterstecke oder dass methodische Fehler bei den Steuerprognosen gemacht worden seien. Beides möchte ich entschieden entkräften.

Ein Blick in die Rechnungsabschlüsse anderer öffentlicher Körperschaften zeigt, dass die Steuereinnahmen durchgehend zu tief eingeschätzt worden sind. Dem Bund flossen im Jahr 2010 um 3,1 Milliarden Franken höhere Steuereinnahmen als budgetiert zu, dem Kanton Zürich nahezu 1 Milliarde Franken oder der Stadt Zürich immerhin noch fast 100 Millionen Franken. Im Fall der Stadt Zürich betrug die Abweichung 4,4 Prozent. Das Plus der Stadt Bern von 20,2 Millionen Franken entspricht einer Abweichung zum Budget von 4,7 Prozent.

Der Kanton Zürich liess die Ursachen der Abweichung zwischen prognostiziertem und tatsächlichem Steuerertrag finanzwissenschaftlich untersuchen. Das Gutachten der Universität Luzern belegt, dass der Hauptgrund beim Zeitpunkt der Budgetierung im Abschwung der Finanzkrise lag.

Auch für die Stadt Bern gilt diese Begründung. Die Budgetierung für das Rechnungsjahr 2010 musste im Frühling 2009 auf Basis der Rechnung 2008 erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt wurde von einer tiefen Rezession für das Jahr 2009 und einer nur zaghaften Erholung im Jahr 2010 ausgegangen. Mit Blick auf das reale BIP Wachstum war die Rezession aber bereits 2009 zu Ende. Danach setzte wieder ein Aufschwung ein.

Aufgrund der anfangs 2010 erstellten Steuerertragsprognosen, die auf den Erkenntnissen aus der Rechnung 2009 basierten, musste ein starker Einbruch beim Steuerertrag der juristischen Personen befürchtet werden. Auch die Hochrechnung vom September 2010 gab noch keine Hinweise auf einen Mehrertrag gegenüber dem Budget. Der Gemeinderat hat frühzeitig auf die negativen Steuerprognosen reagiert und bereits im Februar 2010 für das Jahr 2010 verschiedene Massnahmen mit einem Spareffekt von 8 Millionen Franken beschlossen.

Folie 11**Aufwand und Ertrag im Vergleich zum Budget**

Nach den Steuern als wichtigste Ertragsposition wende ich mich nun den übrigen Erträgen und auch den Aufwendungen zu und werde diese jeweils mit den budgetierten Werten vergleichen.

Der um durchlaufende Beiträge und interne Verrechnungen bereinigte **Gesamtaufwand** beträgt vor der zusätzlichen nicht budgetierten Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag total 921,4 Millionen Franken. Er ist damit trotz höherer Spezialfinanzierungseinlagen von 6,2 Millionen Franken um 27,7 Millionen Franken oder 2,8 % tiefer als veranschlagt. Ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltung mit ihren Ausgaben Mass hält und die Haushaltverbesserungsmassnahmen des Gemeinderats konsequent umgesetzt werden.

Folie 12

Auf dieser Folie sind die wichtigsten Veränderungen von **Aufwandspositionen** ersichtlich:

<b>Minderaufwand</b>	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung
Eigene Beiträge	267,1 Mio.	287,2 Mio.	- 20,1 Mio.
Passivzinsen	60,3 Mio.	68,8 Mio.	- 8,5 Mio.
Personalaufwand	258,6 Mio.	264,7 Mio.	- 6,1 Mio.
Abschreibungen <sup>1</sup>	37,1 Mio.	42,0 Mio.	- 4,9 Mio.
<b>Mehraufwand</b>			
Einlagen in Spezialfinanzierungen	7,8 Mio.	1,6 Mio.	+ 6,2 Mio.
Sachaufwand	159,9 Mio.	155,1 Mio.	+ 4,8 Mio.
Entschädigungen Gemeinwesen	130,6 Mio.	129,7 Mio.	+ 0,9 Mio.
Total	921,4 Mio.	949,1 Mio.	- 27,7 Mio.

Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich ein **Minderaufwand** von 20,1 Millionen Franken oder 7,0 % bei den eigenen Beiträgen, was vor allem auf geringere Beiträge an private Institutionen (8,4 Millionen Franken), an den Kanton (8,1 Millionen Franken) und an private Haushalte für Sozialleistungen inklusive Asylbereich (3,9 Millionen Franken) zurückzuführen ist.

Bei den Passivzinsen für den ganzen „Konzern“ Stadt inklusive städtischer Anstalten resultierten Einsparungen von 8,5 Millionen Franken. Einerseits konnten beim Zinsaufwand für den steuerfinanzierten Haushalt 2,2 Millionen Franken eingespart werden, andererseits benötigten die städtischen Anstalten weniger Kapital als geplant.

---

<sup>1</sup> ohne Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag.

Der Personalaufwand ist überraschend um 6,1 Millionen Franken oder 2,3 % tiefer ausgefallen. Viele Dienststellen weisen denn auch tiefere Personalkosten aus, am meisten die Informatikdienste und das Tiefbauamt mit je 1,0 Million Franken. Auf tiefer als veranschlagt ausgefallene Löhne entfallen allein rund 4,9 Millionen Franken. Innerhalb des Personalaufwands kosteten die Personalversicherungsbeiträge 1,2 Millionen mehr und die durch den Stadtrat beschlossenen Rückstellungen für Überzeitguthaben schlugen mit 1,1 Millionen Franken zu Buche.

4,9 Millionen Franken weniger Abschreibungen wegen geringeren Investitionen und Steuerverlusten entlasten die Rechnung 2010 zusätzlich.

Ein **Mehraufwand** gegenüber dem Budget ergibt sich bei den Spezialfinanzierungseinlagen um 6,2 Millionen Franken. Dies ist unter anderem auf die Bildung einer Spezialfinanzierung für die Schulen im Umfang von 3,3 Millionen und auf eine grössere Einlage für die Informatik von 1,5 Millionen Franken zurückzuführen. Auch im Jahr 2010 liegt der Sachaufwand mit 4,8 Millionen Franken oder einem Plus von 3,1 Prozent deutlich über dem Budget. Allerdings betreffen davon insgesamt 3,8 Millionen Franken den Sachaufwand der Schul- und Büromaterialzentrale bei den Einkäufen für Verkäufe an Dritte, die mit einer geänderten Buchungsart verbucht wurden. Die Entschädigungen an Gemeinwesen, gemeint ist in erster Linie der Kanton, liegen 0,9 Millionen Franken über dem Budget.

### Folie 13

#### **Ertragspositionen im Detail**

Der **Gesamtertrag** (ohne durchlaufende Beiträge und interne Verrechnungen) ist um 15,1 Millionen Franken oder 1,5 % höher ausgefallen als veranschlagt.

Die wichtigsten Veränderungen von Ertragspositionen in der Übersicht:

<b>Mehrertrag</b>	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung
Steuern (inkl. Übernachtungsabgabe und Hundetaxe)	450,4 Mio.	430,1 Mio.	+ 20,3 Mio.
Entgelte	153,9 Mio.	139,6 Mio.	+ 14,3 Mio.
Beiträge für eigene Rechnung	104,5 Mio.	104,0 Mio.	+ 0,5 Mio.

<b>Minderertrag</b>			
Rückerstattungen Gemeinwesen	170,4 Mio.	181,4 Mio.	- 11,0 Mio.
Vermögenserträge	58,4 Mio.	65,4 Mio.	- 7,0 Mio.
Anteile Kantonseinnahmen	34,9 Mio.	36,1 Mio.	- 1,2 Mio.
Entnahmen Spezialfinanzierung	5,4 Mio.	5,9 Mio.	- 0,5 Mio.
Konzessionen	11,2 Mio.	11,5 Mio.	- 0,3 Mio.
Total	989,1 Mio.	974,0 Mio.	+ 15,1 Mio.

Auf den unerwarteten **Mehrertrag** bei den Steuern von 20,3 Millionen oder 4,7 Prozent – hier jetzt inklusive Übernachtungsabgabe und Hundesteuern – bin ich bereits eingegangen.

Wie im Vorjahr fallen die Entgelte mit einem Plus von 14,3 Millionen Franken oder 10,2 Prozent erneut deutlich höher aus. Davon entfallen 6,4 Millionen Franken auf Benützungsgebühren und Dienstleistungen verschiedener Dienststellen (vor allem Sportamt, Polizeiinspektorat, Sanitätspolizei, Jugendamt, Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion, Stadtgärtnerei sowie Wirtschaftsamt). Die übrigen Verkaufserlöse sind um 4,2 Millionen Franken höher, da die Schul- und Büromaterialzentrale ihre Verkäufe an Dritte seit letztem Jahr über dieses Konto statt über interne Verrechnungen verbucht. Weitere Mehrerträge erzielten unter anderem die Rückerstattungen (3,0 Millionen Franken) und die übrigen Entgelte (0,6 Millionen Franken).

**Mindererträge** verzeichnen hauptsächlich die Rückerstattungen von Gemeinwesen mit 11,0 Millionen Franken, wobei allein der kantonale Lastenausgleich Sozialhilfe um 9,2 Millionen Franken tiefer ausgefallen ist.

7,0 Millionen Franken unter dem Budget liegen die Vermögenserträge, vor allem wegen geringeren Zinserträgen der Anstalten Energie Wasser Bern (ewb), Bernmobil und Stadtbauten Bern (StaBe) infolge deutlich tieferen Kapitalbedarfs. 1,2 Millionen Franken weniger brachten die Anteile an den kantonalen Erbschafts- und Schenkungssteuern. Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen sind 0,5 Millionen Franken tiefer, weil die Informatikdienste den Ersatz aller städtischen Personalcomputer zu Lasten der Spezialfinanzierung noch nicht im geplanten Ausmass umsetzen konnten. Die Erträge aus Konzessionen sind um 0,3 Millionen Franken geringer ausgefallen.

Unter dem Strich führt ein Mehrertrag von 15,1 Millionen Franken zusammen mit Minderkosten von 27,7 Millionen Franken zum bereits erwähnten Rechnungsergebnis von 42,8 Millionen Franken.



Folie 15**Investitionsrechnung 2010**

Für **Investitionen in das Verwaltungsvermögen** ohne Sonderrechnungen und Anstalten sind brutto 41,7 Millionen Franken ausgegeben worden. Dies ist eine Abnahme von 10,4 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Da sich die Subventionen und übrigen Einnahme auf 13,2 Millionen Franken belaufen, ergibt sich eine Nettoinvestitionen von 28,5 Millionen Franken (im Vorjahr betrug diese noch 36,9 Millionen Franken). Im Investitionsbudget waren 49 Millionen Franken veranschlagt. Die Abweichung um 20,5 Millionen Franken resultiert aus Minderaufwendungen von 22,6 Millionen Franken sowie aus geringeren Subventionseingängen und Einnahmen von 2,1 Millionen Franken.

Folie 16

Der **Realisierungsgrad** im Vergleich zum Investitionsbudget beträgt netto nur 58,1 % (brutto 64,8 %). Hauptgrund hierfür sind die anfangs 2010 vom Gemeinderat beschlossenen Sparmassnahmen im Tiefbaubereich; ausserdem wurde im Informatikbereich nur die Hälfte der geplanten Investitionen realisiert.

Folie 17

Die **grössten Investitionen** wurden brutto für folgende Vorhaben getätigt:

Tram Bern West	Fr. 5 825 127.15
Hochwasserschutz Aare; Uferschutz Felsenau	Fr. 1 892 902.20
Brünnen, neue Parkanlage	Fr. 1 758 705.70
Lärmschutz an Stadtstrassen, Mehrjahresplan 2006	Fr. 1 728 112.85
Postgass-, Brunngasshalde; Lehnenviadukt	Fr. 1 477 795.25
Registerharmonisierung	Fr. 1 075 729.40

Folie 18

Nach Vornahme der Abschreibungen beträgt der Buchwert des abschreibungspflichtigen Verwaltungsvermögens noch 275,9 Millionen Franken. Das sind 2,2 Millionen Franken weniger als zum Jahresbeginn.

Dank reduzierter Investitionen wurde aus ordentlichen Abschreibungsmitteln eine volle Selbstfinanzierung der Investitionen im Verwaltungsvermögen möglich. Die direkte Selbstfinanzierung aus harmonisierten Abschreibungen beträgt 107,6 % (im Vorjahr

83,7 %). Zum dritten Mal in Folge zeigt sich damit eine erfreuliche Verbesserung beim Selbstfinanzierungsgrad.

#### Folie 19

Bei der Finanzierung kann ein Finanzierungsüberschuss von 71,0 Millionen Franken ausgewiesen werden. Dies ist ein erfreulich guter Wert, der um 19,6 Millionen Franken über dem Vorjahreswert liegt.

#### Folie 20

Dank reduzierter Investitionen, den harmonisierten Abschreibungen von 10 %, den Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag und dem Rechnungsüberschuss beträgt der ausgewiesene Selbstfinanzierungsgrad durch den Cashflow von 100,9 Millionen Franken 2010 ausserordentlich gute 354,1 %. Anhand dieser Übersicht können Sie auch erkennen, dass der Gemeinderat die Balance zwischen Cashflows und Nettoinvestitionen in den vergangenen Jahren stets gut im Griff hatte.

#### Folie 21

##### **Fazit zur Rechnung 2010**

Meine Damen und Herren, es ist vollbracht! Der altrechtliche Bilanzfehlbetrag ist abgebaut. Finanzpolitisch betrachtet ist dieses Ergebnis nahezu epochal. Seit Ende der 1990er Jahre war die Stadt Bern in ein enges finanzielles Korsett gezwungen. Mit einem Abbauplan für den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag machte der Kanton klare Vorgaben. Gab es einen Rechnungsüberschuss zu verzeichnen, musste dieser immer gänzlich zur Tilgung des Bilanzfehlbetrags verwendet werden. Die altrechtlichen Schulden waren Ballast und haben die finanzpolitische Handlungsfähigkeit der Stadt stark eingeschränkt.

Als Bernerin bin ich stolz. Obwohl die Stadt Bern immer der Wirtschaftsmotor für einen ganzen Kanton war und ist, hatte sie wegen ihrer starken altrechtlichen Verschuldung doch eine Zeit lang auch national ein schlechtes Image als rote Laterne. Ich hoffe, dass nun eine breite Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt, dass diese Zeiten vorbei sind. Das Comeback von Bern zeigt sich nicht nur in der regen Wohnbautätigkeit der letzten Jahre und in Unternehmen, die ihren Sitz nach Bern verlegen oder hier ausbauen, sondern auch im Wiedererlangen finanzieller Spielräume.

Sämtliche Finanzkennzahlen sind sehr solide. Aufgrund des Bevölkerungswachstums weist der Steuerertrag bei natürlichen Personen eine erfreuliche Zunahme auf. Immer mehr ziehen auch wieder zahlungskräftigere Personen nach Bern und nicht hinaus ins Einfamilienhaus in der Agglomeration.

Die Wirtschaft hat die Talsohle bereits durchschritten. Die Erfahrung mit der Finanzkrise lehrt uns aber, dass heute Konjunkturzyklen sehr volatil sind und dass es rasch zu einer Änderung der wirtschaftlichen Grundstimmung kommen kann.

Einmal mehr möchte ich betonen, dass das gute Ergebnis wesentlich durch die grosse Ausgabendisziplin und die frühzeitige Intervention des Gemeinderats im Februar 2010 zu Stande gekommen ist. Ohne diesen konsequenten Kurs droht eine rasche Rückkehr zweistelliger Millionendefizite.

#### Folie 22

#### **Ausblick auf die Jahre 2012 bis 2015**

Der Integrierte Aufgaben und Finanzplan (IAFP) für die Jahre 2011 bis 2014 wies Rechnungsdefizite von bis zu 29 Millionen Franken auf. Mit dem Ziel, diese prognostizierten Rechnungsdefizite um rund 20 Millionen Franken zu reduzieren, hat der Gemeinderat im letzten Quartal des Jahres 2010 eine Überprüfung der städtischen Aufgaben vorgenommen. Die Ergebnisse wurden Ihnen anlässlich einer Medienkonferenz vom 3. Februar 2011 präsentiert.

Wie Sie sehen können, tragen die Bemühungen des Gemeinderats Früchte: Der aktuelle **IAFP für die Jahre 2012 bis 2015** sieht im Jahr 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis vor und für die Folgejahre Defizite im Rahmen einer allgemeinen Planungsunschärfe. Das heisst, einer Planungsunschärfe im Bereich von unter einem Prozent des städtischen Budgets. Solche Defizite sind in einer Planung vertretbar. Der Gemeinderat hat Mass gehalten. Für die Jahre 2012 bis 2015 sind neue Ausgaben und ein Leistungsausbau von 5,3 bis 16,7 Millionen (kumuliert) vorgesehen, wovon ein Anteil von 1,2 bis 3 Millionen Franken lastenausgleichsberechtigt sein dürfte.

Um ein nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht sicherzustellen und das geringe Eigenkapital nicht bereits wieder aufzubrechen, ist es aber unerlässlich, die bisherige Finanzpolitik konsequent weiterzuführen. Für den Haushalt der Stadt Bern bestehen nämlich

weiterhin erhebliche Risiken. Falls diese Risiken eintreten, kann dies eine weit ungünstigere Entwicklung zur Folge haben, als wir sie momentan prognostizieren.

### Folie 23

#### **Finanzielle Risiken für die Jahre 2012 bis 2015**

Wie die Jahre 2007 bis 2010 gezeigt haben, muss heute infolge der wirtschaftlichen Globalisierung mit viel rascheren Änderungen der konjunkturellen Lage gerechnet werden. Die bestehenden Schwierigkeiten in den USA und im Euroraum, aber auch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten können jederzeit grössere Auswirkungen auf die weltweite Wirtschaft haben. Diese Auswirkungen spüren wir dann mit einer gewissen Verzögerung auch in den städtischen Rechnungsergebnissen. Die Stadt muss hier gewappnet sein. Neben der grundsätzlichen Schwierigkeit, die konjunkturelle Entwicklung vorauszusagen, bestehen für die kommenden Jahre insbesondere die folgenden grösseren Risiken:

- *Littering Gebühren:* Der aus Sicht des Gemeinderats negative Entscheid des Verwaltungsgerichts in Sachen Litteringgebühren hätte direkte Auswirkungen auf den steuerfinanzierten Haushalt in Millionenhöhe. Diese Auswirkungen wurden im IAFP nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat hat den Weiterzug des Verwaltungsgerichtsurteils an das Bundesgericht beschlossen.
- *Zinsentwicklung:* Bei den Schuldzinsen für zukünftige Anleihe- und Darlehensaufnahmen der Stadt wurde bei der Prognose mit einer moderaten Erhöhung der Zinssätze gerechnet. Im heutigen Umfeld ist jedoch auch das Szenario eines mittelfristig höheren Zinsniveaus denkbar.
- *Finanzielle Lage des Kantons als grösstes Risiko:* Die grössten finanziellen Risiken gehen weiterhin von der finanziellen Lage des Kantons aus. Tendenziell muss hier mit einer Verschlechterung gerechnet werden. Der befürchtete Ausfall der Gewinnausschüttung der Nationalbank könnte dem Kanton Mindererträge von 209 Millionen Franken beschern, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (Spital- und Pflegefinanzierung) wird eine Mehrbelastung von rund 300 Millionen Franken zur Folge haben und durch die Annahme des Volksvorschlages zur Senkung der Motorfahrzeugsteuern erleidet der Kanton einen Einnahmefall in der Grössenordnung von 120 Millionen Franken. Von letzterem dürfte die Stadt Bern über das System des kantonalen Lastenausgleichs jährlich in der Grössenordnung von 0,6 Millionen Franken betroffen sein. Die weitere Streichung von Beiträgen oder die Abwälzung von Lasten auf die Gemeinden ist angesichts der düsteren

kantonalen Prognosen nicht auszuschliessen. Die Stadt Bern wäre von solchen Massnahmen erfahrungsgemäss besonders stark betroffen.

- *FILAG Revision*: Die heute absehbaren Auswirkungen der Revision des kantonalen Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich zeigen, dass teilweise grössere Abweichungen zu früheren kantonalen Planungen bestehen. Dies sowohl in zeitlicher, wie auch in sachlicher Hinsicht. Da die Prognosewerte auf der FILAG Globalbilanz des Jahres 2009 aufgebaut sind, die effektive Berechnung jedoch auf der FILAG Globalbilanz für das Jahr 2010 erfolgen wird, sind die eingestellten Werte mit Unsicherheiten behaftet, die sich negativ auswirken können.
- *Revision der städtischen Personalvorsorge*: Das Reglement der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern wird zurzeit überarbeitet. Allfällige daraus entstehende Mehrkosten in Millionenhöhe wurden im IAFP nicht berücksichtigt. Allerdings ist die Inkraftsetzung erst auf den 1. Januar 2013 vorgesehen.

Um nicht nur schwarzzumalen, möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass natürlich auch Chancen bestehen. So könnte sich die wirtschaftliche Situation noch stärker verbessern als angenommen, womit die Steuererträge über Erwartung steigen würden, vom Wohnungsbau aus können unerwartete Impulse kommen, durch ein straffes Kostenmanagement könnte es gelingen, die Ausgaben tiefer als geplant zu halten, die Zinsen könnten auf dem aktuellen Tiefstniveau verharren und die Teuerung könnte tiefer ausfallen als erwartet.

#### Folie 24

#### **Finanzpolitische Guideline**

Euphorie oder sogar Übermut ist fehl am Platz. Der Gemeinderat verfolgt denn auch das Ziel, seine bewährte bisherige Finanzpolitik weiterzuführen. Er wird sich in den nächsten Jahren an klaren finanzpolitischen Grundsätzen orientieren:

1. Die Finanzen werden laufend auf Spar- und Optimierungspotential überprüft und mögliche Entlastungen werden umgesetzt.
2. Dank Wohnungsbau und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen soll zusätzliches Steuersubstrat gewonnen werden.
3. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen (ohne Sonderrechnungen und Anstalten) soll über eine mehrjährige Betrachtungsperiode gesehen mindestens 100 % betragen.

4. Der Unterhaltsnachholbedarf wird durch eine Erhöhung der Investitionssumme reduziert, aber auch durch ein konsequenteres Kostenmanagement (target costing) sukzessive kompensiert.
5. Ein Investitions- und Unterhaltsnachholbedarf bei Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen und im Informatik- und Telekommunikationsbereich darf nicht entstehen. Permanent muss jedoch eine Prüfung der entsprechenden Standards stattfinden und ein Verzicht auf nicht zwingend nötige Anschaffungen durchgesetzt werden.
6. Die Gewinnabschöpfung bei eigenen Unternehmungen erfolgt nachhaltig, Sonderrechnungen und gemeindeeigene Unternehmungen werden verursachergerecht belastet.

#### Folie 25

#### **Mittelfristiges Ziel: Bildung eines angemessenen Eigenkapitals**

Per Ende 2010 verfügt die Stadt Bern erstmals seit rund 20 Jahren wieder über Eigenkapital. Seit ich im Jahr 2007 Finanzdirektorin geworden bin, habe ich stets gesagt, dass der Abbau der altrechtlichen Schulden von oberster Priorität ist. Jetzt werden Sie von mir immer wieder hören, dass die Stadt Eigenkapital aufbauen möchte. Mittelfristig verfolgt der Gemeinderat – ganz auf der Linie der kantonalen Aufsichtsbehörden – das Ziel, ein Eigenkapital in der Grössenordnung von 4 bis 5 Steuerzehnteln oder 90 bis 120 Millionen Franken aufzubauen. Zum Vergleich: Im Mittel verfügen Berner Gemeinden heute über ein Eigenkapital von über 9 Steuerzehnteln. Ein angemessenes Eigenkapital erhöht die Flexibilität und den Handlungsspielraum der Stadt, indem auf konjunkturelle Schwankungen aus einer Position der finanziellen Stärke heraus zyklusgerecht reagiert werden kann. Niemand möchte in die Schuldenwirtschaft der 1990er Jahre zurückfallen.

Im Idealfall beginnt erst dann, wenn wir dieses Ziel erreicht haben, die politische Diskussion, in welcher ein weiterer Leistungsausbau gegen Steuersenkungen abzuwägen sein wird. Der Gemeinderat zählt auf die Unterstützung seines finanzpolitischen Kurses durch den Stadtrat. Nur wenn das Parlament masshält, wird es gelingen, die Finanzen der Stadt nachhaltig zu sanieren.

Werte Medienschaffende, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne stehen meine Experten und ich Ihnen nun für Fragen zur Verfügung.